

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

25. Januar 2022

Energiepreisstopp-Jetzt: Deutsche Kommunistische Partei startet Kampagne	3
Corona-Politik I: Ein General zur Pandemiebekämpfung	4
Corona-Politik II: Sofortige Zulassung kubanischer und anderer Impfstoffe	5
Sicherheitskonferenz: Ein Krieg wird wahrscheinlicher	6
Außenpolitik: Verkehrte Welt, wir sollen glauben, Russland und China bedrohen uns	7



„Wir akzeptieren keine Schließung!“

Im Dezember 2021 verhandelten die Münchner Betriebsräte in Stuttgart mit den „Entscheidern“ von Bosch. Die Bosse bleiben stur und wollen weiterhin verlagern – trotz Alternativen.

Diese gingen nicht auf das Alternativkonzept des Betriebsrats ein. Bosch strebt weiterhin die Verlagerung an. Das Angebot des Kapitals: München wird F&E-Standort, die Ausbildungswerkstatt wird geschlossen, Abbau von 30 Prozent der Belegschaft.

Die Kollegen blieben standhaft, sie gingen nicht auf das Angebot ein.

Die Alternative des Betriebsrats ist, den Standort zu erhalten, die Arbeitsplätze zu qualifizieren und damit den Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive zu geben. Dazu sollen in Teams aus Führungskräften, Ingenieuren und Hochschulen zukunftsfähige Produkte und Verfahren entwickelt werden.

Im September 2021, als die Verlagerung bekannt wurde, waren noch 285 Kollegen

beschäftigt. Jetzt sind noch 265 am Standort. Abfindungen sollen die Belegschaft spalten. Genannt werden ca. 300.000 Euro bis zur Rente für einen 57jährigen Facharbeiter, was einige betrifft. Für die anderen, die wegen der großen Unsicherheit weg wollen, werden individuelle Abfindungen angeboten. Vor allem junge Kollegen suchen das Weite. Durch die hohe Fluktuation fehlen Kapazitäten, die mit Leiharbeitern ausgeglichen werden. Der Anteil beträgt schon 15 Prozent.

Bosch fährt also eine Hinhaltetaktik: der Betrieb wird runtergefahren, gleichzeitig wird verlagert in Billiglohnländer, solange ein Bedarf an Einspritzpumpen für Benzin- und Diesel da ist. Verlagert wird nach Brasilien, Tschechien und China, in so genannte Schwesterwerke, die schon lange

aufgebaut worden waren. Mittlerweile ist die kritische Auslastung von 60 Prozent in der Produktion schon unterschritten, wie Insider berichten. Die Belegschaft soll zermürbt werden. Ein Tod in Raten?

Das haben auch die Kollegen erkannt. Das Ergebnis der Betriebsversammlung am 16. Dezember war, dass die Verlagerung auf dem Tisch ist. Der Bereichsleiter sagte unumwunden: „Keine Zukunft für das Werk!“ Die Kollegen, die nachher über den Verlauf befragt wurden, antworteten: „Die versprechen uns doch! Die belügen uns!“ Zu verstehen sind solche Äußerungen, wenn man weiß, dass die Bosch-Kolleginnen und -Kollegen schon seit Jahren auf Lohn verzichteten, um das Werk zu erhalten!

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1

„Wir akzeptieren keine Schließung!“

Der Bosch-Betrieb in Berg am Laim ist ein kleines Werk und muss mit der sogenannten Transformation mithalten. Der Betriebsrat hat Stehvermögen und weiß die Belegschaft hinter sich. Sie werden die Schließung nicht akzeptieren! Die Fronten sind verhärtet. Niemand sage, Klassenkampf sei überholt. Kollegen anderer Bosch-Werke wie in Baden-Württemberg oder in Thüringen, selbst von Abbau betroffen, haben auf dem Aktionstag im November auf der Straße vor dem Werk ihre Solidarität zugesichert. Die Bosch-

Kollegen mit ihrem Betriebsrat werden diese betriebsübergreifende Solidarität dringend brauchen.

Dazu sind auch die Belegschaften der großen Betriebe in München wie BMW oder MAN aufgerufen! ■ *krr*



Ein von Zukunft erkämpfen vor dem Bosch-Werkstor zur Verfügung gestelltes Bodentransparent am 16. Dezember 2021, dem Tag der Betriebsversammlung. Unter der Überschrift „In der Krise: sie hängen am Profit – wir kämpfen für:“ schrieben Kollegen z.B.: „Solidarität in der Belegschaft“ und „Bosch Berg am Laim bleibt!“

Solidaritäts-Erklärung des Zukunftsforums / Metallertreff Stuttgart

An die Kolleginnen und Kollegen von Bosch in Berg am Laim

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir stehen hinter eurem Kampf um den Erhalt des Standorts und eurer Arbeitsplätze. Nicht nur bei euch wird der Klimaschutz als Grund vorgeschoben, um Standorte zu schließen oder Arbeitsplätze abzubauen. Wir kennen dieses verlogene Schein-Argument auch aus Stuttgarter Metallbetrieben. Wir wissen, so wie ihr auch, dass es oft nicht um transformations-/klimaschutzbedingtes Wegbrechen von Absatzzahlen geht, sondern in den allermeisten Fällen nur um Verlagerung ins Ausland, weil dort billiger produziert wird und sich somit der Profit erhöhen lässt.

Wir unterstützen voll und ganz den in eurer Erklärung geforderten Erhalt der aktuellen Produktion und die sukzessive Umstellung der Produktion auf klimafreundliche Produkte. Dies muss die Stoßrichtung sein, um den Plänen der Geschäftsführung etwas entgegenzusetzen und eurem Kampf eine zielgerichtete, sinnvolle und gesellschaftlich nützliche Richtung zu geben. In der anstehenden und zukünftigen „Transformation“ ist Konversion ein wichtiger Baustein. Ein anderer ist Arbeitszeitverkürzung für alle, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen, selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich. Durch euren jahrelangen Verzicht auf Teile eures Gehalts und durch eure Jahrzehntelange Arbeit habt ihr euch beides verdient: kürzere Arbeitszeiten und den Erhalt des Werkes. Wir werden in Stuttgart euren Arbeitskampf bekannt machen und für Solidarität werben. Er hat bundesweite Bedeutung und auch Ausstrahlung, wenn ihr eine Umstellung der Produktion auf klimafreundliche Produkte fordert, statt Werksschließung und wenn ihr für dieses Ziel mit der Klima- und Umweltbewegung und anderen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeitet und ein breites Bündnis aufbaut. Wir wünschen euch in diesem wichtigen Kampf viel Erfolg.

24. Oktober 2021

Aufdraht

Herausgeber:

DKP München & Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München
Mail: auf.draht@gmx.de

<https://dkp-muenchen.de> • www.kaz-online.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Runter mit den Energiepreisen – Rauf mit den Löhnen!

Deutsche Kommunistische Partei startet Kampagne „Energiepreisstopp jetzt!“

Es war abzusehen, dass die Energiepreise ein zentrales Feld sein werden, in dem der Arbeiterklasse und kleinen Betrieben das Fell über die Ohren gezogen werden soll. Da ist die neue Stufe der CO₂-Steuer. Da sind die Spekulationen um Energiepreise. Nicht neu im Kapitalismus, dass sich auch Stromlieferanten verzocken können, wie aktuell der Lieferant Stromio. Wieder einmal erweist es sich als Märchen, dass die Kapitalisten das Risiko tragen. Die machen einfach Konkurs, das Risiko tragen Kunden und Beschäftigte. Es gibt Beispiele in der BRD, dass Grundversorger ihre Grundtarife verdoppelt, verdreifacht und vervierfacht hatten. Genau bei denen landen aber die Kunden pleite gegangenener so genannter Strom-Discounter. Im Westdeutschen Rundfunk wurde mehrfach davon berichtet, dass sich von einem Tag auf den anderen die Strompreise vervierfacht haben, in einem Beispiel von 300 auf 1.200 Euro im Monat.

Teuerung in 2021:

Heizöl	plus 41 Prozent
Gas	plus 47 Prozent
Strom	plus 18 Prozent

Superbenzin: eine Tankfüllung von 60 l kostete ca. 96 Euro im Dez. 2021, im Vorjahresmonat um 23 Euro weniger, 24 Prozent mehr.

Deutschland hat die höchsten Strompreise der G20.

Bei einem durchschnittlichen Arbeiterhaushalt mit 2.500 bis 5.000 kWh pro Jahr sind das in Deutschland 31,93 ct/kWh, während der EU-Durchschnitt 21,92 ct/kWh beträgt. (www.finanztipp, 7. Januar 2022)

Was bringt die Ampel-Koalition? Drei Euro mehr Hartz IV, das künftig „Bürgergeld“ heißt, sind eine Verhöhnung. Was macht der geringfügig Beschäftigte, der durch Corona seinen Job verloren hat? Was macht die Familie, die jetzt schon kaum die Miete bezahlen kann? Was

macht der Kleinbetrieb, der immer noch auf seine Corona-Hilfen wartet? Was macht der Pendler, der keine Chance hat, auf den Öffentlichen Verkehr umzusteigen? Apropos Öffentlicher Verkehr – das Standardticket in München kostet jetzt 3,50 Euro. Der Euro feiert sein 20jähriges – hätte damals einer gesagt, dass eine einfache Tramfahrt mal 7 Mark kosten würde, man hätte ihn für bescheuert erklärt. Energie ist derzeit der Faktor Nummer eins beim Preisanstieg, dicht gefolgt von Wohnen und Lebensmitteln.

Und dann kommen die, die in einer Blase leben, in einer anderen Realität, und sagen, jetzt muss noch die Milch und das Fleisch teurer werden, damit wir die Umwelt retten. So die Vorstellung des grünen Bundeslandwirtschaftsministers. Die Lebensmittelpreise steigen und das trifft, grob gesagt, die Armen, die Arbeitenden, die Rentner, die Kleingewerbetreibenden. Sie sollen den Kapitalisten die Welt retten, nachdem die Kapitalisten die Welt an den Rand der Katastrophe gefahren haben. Hier will die DKP Sand im Getriebe sein. Das ist der Sinn der Kampagne „Energiepreisstopp jetzt“, welche die DKP jetzt startet. Die Forderungen lauten:

- einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.
- Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.
- Streichung aller Abgaben und Umlagen auf Strom, Gas und Heizöl.
- die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand

Diese Forderungen sind einfach, logisch und vernünftig. Natürlich erwarten wir nicht, dass deswegen der Bundestag im Februar entsprechende Beschlüsse fasst. Wir wissen, dafür ist Druck von der Straße notwendig, dafür braucht es Bewegung in den Gewerkschaften. Darum muss es in den kommenden Tarifrunden heißen: Kampf um mehr Lohn! ■ *krr*

Jetzt hat offensichtlich sogar die Ampelregierung in ihrer Blase gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Sie diskutieren über einen einmaligen Energiekostenzuschuss von 135 Euro für einen Singlehaushalt und 175 Euro für zwei Personen – allerdings nur, wenn dieser Haushalt Wohngeld bezieht. Damit wird nicht einmal allen armen Haushalten geholfen. Bezieher von Hartz IV und von Altersgrundsicherung gehen leer aus.



Ein General zur Pandemiebekämpfung

Wozu benötigt die Bundesregierung einen General? Gibt es dafür keine geeigneten Zivilisten?

Die neue Regierung mit ihrem Slogan „Mehr Fortschritt wagen“ war noch gar nicht im Amt, da hat sie einen Krisenstab zur Pandemiebekämpfung bekannt gegeben. An der Spitze dieses Krisenstabs: ein General, zuständig für „territoriale Aufgaben“ der Bundeswehr. Man fragt sich verwundert, was denn bitte schön ein General bei einer doch durch und durch zivilen Angelegenheit, der Bekämpfung einer Krankheit, zu suchen hat. Es gibt nur eine Antwort darauf: Es wird der Krieg geübt.

Auch wenn z.B. der grüne Gesundheitsexperte Janosch Damen erklärt, der General Breuer solle richten, was bisher schiefgelaufen ist, wie „nicht funktionierende Abstimmungsprozesse“ oder Probleme bei den „Schnittstellen“. Denn das dürfe „in so einer kritischen Phase einer Pandemie nicht passieren.“ (ARD-

Tagesschau vom 21. Dezember 2021) Doch das sollte doch jeder Zivilist können, der mit einer landesweiten Organisation von Abläufen vertraut ist. Für was werden Bundesämter mit vielen Angestellten denn über Steuergelder finanziert, wenn sie dann nicht in der Lage sind, für ein möglichst reibungsloses Funktionieren der notwendigen Abläufe zu sorgen – was für jeden erkennbar nach zwei Jahren Pandemie offensichtlich der Fall ist.

Allerdings klappt das auch nicht mit einem militärisch geführten Krisenstab. Denn einen solchen gab es bereits unter der alten Regierung, man hat nur nichts davon gehört. Seit Februar 2020 fertigt ein solcher Krisenstab mit dem Generalarzt Hans-Ulrich Holthorn an der Spitze Pandemie-Lageberichte für das Gesundheits- und Innenministerium an. (Bayrischer

Rundfunk, 29. November 2021) Damals schien es der Bundesregierung wohl zu riskant, das gleichzeitig mit massiven Einschränkungen demokratischer Rechte an die große Glocke zu hängen.

Nach zwei Jahren Anblick von Kampfanzügen in Impfzentren, Krankenhäusern und Gesundheitsämtern, also nach zwei Jahren Gewöhnung an den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, kann man auch bekannt geben, dass ein General an die Spitze eines Krisenstabes zur Pandemiebekämpfung bestellt wurde – zumal viele einer SPD-Grüne-FDP geführten Bundesregierung keine kriegerischen Absichten zutrauen. Kritik daran ist auf jeden Fall kaum zu hören, weder in den Gewerkschaften noch sonst in der demokratischen Öffentlichkeit.

Doch wir sollten uns nicht daran gewöhnen: Zur Pandemiebekämpfung braucht es keine Generäle und Soldaten, sondern u.a. ausreichend Personal in Krankenhäusern, Impfzentren und Gesundheitsämtern. Und wenn dies dort fehlt, weil jahrzehntelang an all dem gnadenlos gespart worden ist, gibt es doch z.B. genügend Studenten oder Künstler, die während der Pandemiemaßnahmen ihre Nebenjobs und Arbeitsmöglichkeiten verloren haben und angestellt werden können.

Denn das, an was wir gewöhnt werden sollen, sind Vorbereitungen für Kriege, die weitaus katastrophalere Konsequenzen für die Menschheit haben, als jeder Virus es haben kann. ■gr



Pandemiebekämpfung auf deutsch ...

- Ich will die **AufDraht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe **KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Sofortige Zulassung kubanischer und anderer Impfstoffe

Es gibt inzwischen weltweit 33 in verschiedenen Ländern zugelassene Impfstoffe gegen Corona

Doch nur fünf davon sind in der EU und Deutschland zugelassen, darunter das deutsch-amerikanische Präparat von BioNTech/Pfizer, das hierzulande mit Abstand am meisten geimpft wird. Weder der russische Impfstoff Sputnik V noch die chinesischen Impfstoffe, weltweit milliardenfach verwendet, haben bisher die bei der zuständigen EU-Behörde EMA beantragte Zulassung erhalten. Während die Genehmigung von BioNTech/Pfizer, Moderna usw. reibungslos und schnell erfolgte, wird die Zulassung anderer Impfstoffe stets mit dem Hinweis auf fehlende zuverlässige Unterlagen verzögert. Dass es unter den nicht geimpften Menschen so einige gibt, die aus unterschiedlichen Gründen skeptisch sind gegenüber diesen Impfstoffen der westlichen Pharmakonzerne, sich mit

anderen aber impfen lassen würden, spielt dabei offensichtlich keine Rolle.

Es ist also kein Wunder, sondern Ergebnis gezielten Handelns, dass BioNTech und Pfizer ihren Marktanteil an den Impfstoffen in Europa inzwischen auf 80 Prozent schätzen können (lt. „Zeit online“ vom 12. Januar 2022).

Auch für den kubanischen Impfstoff Soberana wurde bei der EMA eine Zulassung beantragt. Das kleine sozialistische Kuba hat trotz jahrzehntelanger Sanktionen und Handelsembargo fünf eigene Impfstoffe entwickelt. Rund 90% der Bevölkerung sind inzwischen vollständig geimpft. Auch wenn die Ansteckungen sich aufgrund der Omikron-Variante wieder vermehren, hat Kuba derzeit eine wesentlich geringere Infektionsrate als andere

Länder. Doch auch hier heißt es bei der EMA, es fehlten Unterlagen.

Nun haben italienische Ärzte, in Erinnerung an die solidarische Unterstützung durch kubanische Mediziner in Italien 2020, eine Petition ins Leben gerufen. Die EMA und die zuständige italienische Behörde AIFA werden darin aufgerufen, die Wirksamkeit des kubanischen Impfstoffes aufgrund objektiver Kriterien zu bewerten und seine Verwendung in Europa und Italien zu genehmigen. Weiter heißt es übersetzt: „Die Wahl der Impfstoffe gegen diese schwere Pandemie darf nicht der Monopol-Logik der großen Pharma-Multis untergeordnet werden.“ Unterstützen wir diese Forderung: Zulassung der kubanischen und anderen Impfstoffe auch in Deutschland! ■gr

Die Petition kann hier unterschrieben werden:

<https://www.change.org/p/approviamo-il-vaccino-cubano-in-europa-ed-in-italia?>



... und Pandemiebekämpfung auf kubanisch.

Im Kapitalismus geht es um die Profite der großen Banken und Konzerne. Davon ist auch der Umgang mit der Corona-Epidemie bestimmt: So wird Corona als Vorwand genutzt, um Gesetzesänderungen durchzubringen, die von Unternehmerverbänden wie BDA und BDI schon lange forciert wurden. So zum Beispiel die Einführung des 12-Stunden-Tags, der 60-Stunden-Woche und die Verkürzung der Ruhezeiten von 11 auf 9 Stunden in allen systemrelevanten Bereichen. Dazu wird zum Beispiel auch Amazon gezählt. Der Bekämpfung von Corona nützt es nicht. Ein Gesundheitssystem, das dank Profitorientierung und Privatisierung kaputtgespart ist, macht besondere Vorsichtsmaßnahmen umso notwendiger. Dabei wird von den Herrschenden mit zweierlei Maß gemessen: Während Demonstrationen unter Einhaltung der Bestimmungen des Infektionsschutzes brutal aufgelöst wurden, wird bei Amazon, Rüstungskonzernen wie KMW und anderen ohne Einhaltung der Maßnahmen zum Infektionsschutz weitergearbeitet. Weil die Produktion nicht im gesamtgesellschaftlichen Interesse geplant wird, fehlt es an Mundschutz, Desinfektionsmitteln und Co. Dafür steigen jetzt die Profite der entsprechenden Konzerne, weil Nachfrage und entsprechend die Preise in die Höhe schießen. Statt die gescheiterte Finanzierung des Gesundheitssystems und die Produktion von Schutzmaterialien in die Hand zu nehmen, zahlt der Staat lieber 600 Milliarden für Unternehmensrettung und die Lohnkosten mithilfe von Kurzarbeit zur Absicherung der Profite. (aus Position 2/20, Zeitung der SDAJ)

Ein Krieg wird wahrscheinlicher

Vom 18. bis 20. Februar treffen sich wieder Vertreter aus Politik, Militär und Rüstungsindustrie zur sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz. Im Fokus: Russland

Die Überschrift „Ein Krieg wird wahrscheinlicher“ stammt nicht vom Verfasser. Es ist die Schlagzeile der *Süddeutschen Zeitung* vom 15./16. Januar. Um dann fortzufahren: „Im Ukraine-Konflikt macht sich Ernüchterung breit. Westlichen Diplomaten zufolge lässt Russland keinerlei Verhandlungsbereitschaft mehr erkennen.“ Welch eine Heuchelei.

Krieg gegen

Russland seit über 200 Jahren

1812/13 zogen französische Truppen unter Führung Napoleons vor die Tore Moskaus. Moskau brannte. 1914 bis 1918 und abermals 1939 bis 1945 überfielen und verwüsteten deutsche Truppen russisches Gebiet. Allein dieser kleine Ausflug in die Geschichte lässt erahnen, dass Russland ein großes Sicherheitsbedürfnis hat. Russischen Frauen und Männern ist die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus zu verdanken, neben den alliierten Soldaten der Anti-Hitler-Koalition. Die Teilung Deutschlands war Ergebnis des II. Weltkriegs. Die Schaffung einer Sicherheitszone für die damalige Sowjetunion ging einher. Mit der Einverleibung der DDR durch die BRD und dem daraus folgenden 2+4-Vertrag (abgeschlossen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie den vier alliierten Siegermächten) wurden Russland Sicherheitsgarantien versprochen: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. [...] Der Westen muss auch der Einsicht

Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.“¹ Und der damalige amerikanische Außenminister James Baker versprach: „If the United States keeps its presence in Germany within the framework of NATO, not an inch of NATO's present military jurisdiction will spread in an eastern direction.“ Zu gut Deutsch: Die NATO rückt nicht Richtung Russland vor.² So viel zu den Versprechen. Nun zu den Fakten.

Seit Jahrzehnten:

Erweiterung der NATO

Auf dem NATO-Gipfel 1997 in Madrid wurden Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn Beitrittsverhandlungen angeboten. Zwei Jahre später, im März 1999, traten diese Länder der NATO bei. Im November 2002 wurden Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei zum Beitritt eingeladen, der zwei Jahre später vollzogen wurde. Es folgten Albanien, Kroatien, Montenegro und 2020 als 30. Mitglied schließlich Nordmazedonien. Und selbstverständlich sind in diesen Ländern nicht nur deren nationalen Streitkräfte aktiv, sondern auch Streitkräfte aus anderen Ländern. NATO-Truppen rückten Russland auf die Pelle, siehe auch die Karte unten.

Deutsche Soldaten u.a. sind stationiert in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Und selbst in Georgien befinden sich Soldaten des

Geoinformationsdienstes der Bundeswehr. Dessen Selbstbeschreibung: „Gewinnt Erkenntnisse über Geofaktoren und beurteilt deren Auswirkung auf die Operationsführung.“ Im Kaukasus! Wofür? Für welche Operation auf welchem Gebiet?

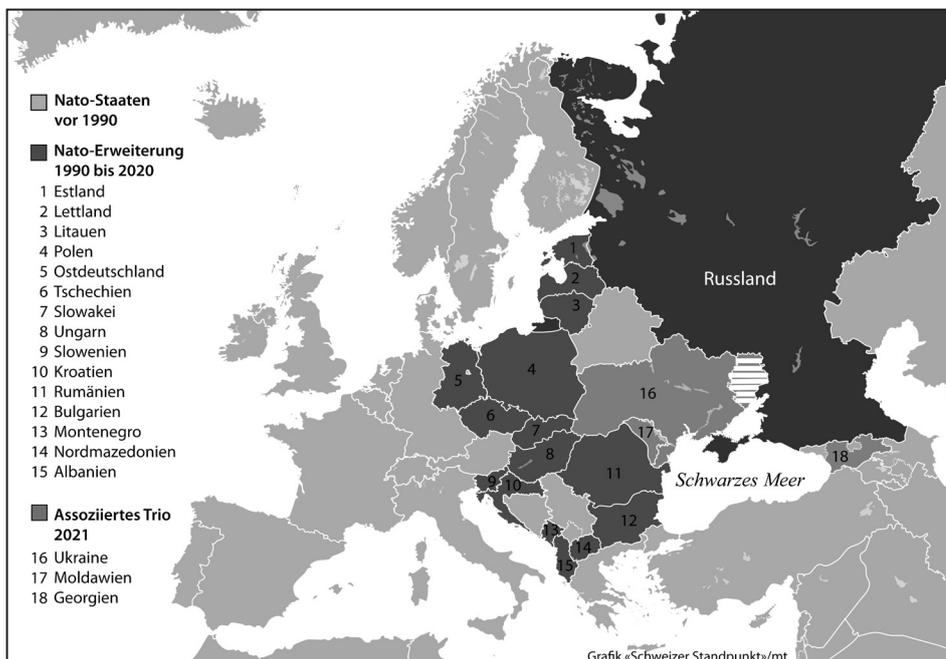
2021 führte die NATO, wiederholt, zahlreiche Militärmanöver unter der Bezeichnung „Defender Europe“ durch, teilweise an der Grenze zu Russland. So wurde in Estland die Landung von Fallschirmjägern sowie das Abfeuern von Raketenwerfern geübt. Die Marineübung „Sea Breeze“ fand im Schwarzen Meer statt, „größer als je zuvor“, wie *Die Welt* berichtete. Im September 2021 fanden Manöver in der Ukraine statt. Das alle diese Aktivitäten vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen Russland nicht beunruhigen sollten, ist eine geradezu lächerliche Erwartung. So ist es auch kein Wunder, dass Russland seine Truppen im Südosten Russlands verstärkt hat.

Von den NATO-Staaten wird eine weitere Erweiterung durch den Beitritt der Ukraine angestrebt. Ran an Russland ist die Parole. Russland antwortete a) mit einem kleinen Manöver, 3.000 Soldaten auf russischem Territorium, und b) mit einer diplomatischen Offensive. Putin und Biden telefonierten, Unterhändler trafen sich zum Vieraugengespräch, der NATO-Russland-Rat tagte. Die NATO aber fordert weiterhin einen Abzug der russischen Truppen von der Grenze zur Ukraine³, innerhalb des eigenen russischen Territoriums (!), und beharrt lapidar darauf, dass jedes Land das souveräne Recht habe, seinen eigenen Weg zu wählen – und somit die Ukraine das Recht habe, der NATO beizutreten. Aber wo steht geschrieben, dass einem Aufnahmeersuchen stattgegeben werden muss? 1954 z. B. schlug die Sowjetunion den eigenen Beitritt zur NATO vor, um Entspannungsschritte im Kalten Krieg zu gehen. Abgelehnt zwei Monate später. Wäre es im Sinne des Friedens nicht gut, den Beitritt der Ukraine abzulehnen?

Deutsche Kriegspropaganda

Kürzlich besuchte die neue Kriegsministerin Christine Lambrecht (SPD) die 500 in Litauen stationierten deutschen Soldaten des NATO-Gefechtsverbandes EFP (Enhanced Forward Presence). Es war ihre erste Auslandsreise. Vorher verkündete sie im deutschen Hetzerblatt *Bild am Sonntag*: „Wir müssen Putin ins Visier nehmen“⁴, und ließ die Bundesbürger in bester Kriegshetzermanier wissen, sie wolle dabei „alle Mittel ausschöpfen.“

Der grüne Vizekanzler Habeck forderte



bereits im September Waffenlieferungen für die Ukraine, natürlich nur zur Landesverteidigung. Seine Parteifreundin und jetzige Außenministerin, Baerbock, würde am liebsten die Gaspipeline Nord Stream 2 stilllegen, und die FDPler gaben ihr zu ihrer bevorstehenden Reise in die Ukraine (mit Inspektion der Ostukraine) und Russland mit auf den Weg: „Putin versteht nur glasklare Ansagen.“⁵ (Anmerkung: Redaktionsschluss war der 16. Januar) Auch der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Johann Wadephul, bläst ins gleiche Horn: Er erwarte von Baerbock „eine klare Haltung und unmissverständliche Ansagen, damit Russland einen Kurs der Deeskalation einleitet“.⁶ Deutschland einig Vaterland, wie weiland 1914, als alle im Reichstag vertretenen Parteien den

Kriegskrediten für die kaiserlichen Truppen zustimmten. Widerspruch kam nur von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die deutschen Rüstungsausgaben wurden in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Und auch die neue Regierungskoalition will diesen Aufrüstungskurs fortsetzen. Die Ausgaben fürs Militär sollen weiter erhöht und bewaffnete Kampfdrohnen angeschafft werden. Die Stationierung von Atomwaffen soll aufrechterhalten und Atomwaffen-Trägerflugzeuge für 8 Mrd. US-Dollar beschafft werden.

Hände weg von Russland

Deeskalation geht anders. Wie kommentierte der Journalist Jörg Kronauer in der *jungen Welt*: „In der internationalen Politik ist es ganz wie im richtigen Leben – die

Freiheit der einen Seite endet da, wo das legitime Schutzinteresse der anderen Seite beginnt.“⁷

Es ist dringender denn je:

- Nein zur Osterweiterung der NATO
- Rückzug aller deutschen Soldaten in die Kasernen, v.a. weg von Russlands Grenzen.
- Nein zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

■ RW

1 Hans-Dieter Heumann: „Hans-Dietrich Genscher. Die Biografie.“ Schöningh, Paderborn 2021, Seite 280

2 National Security Archive, December 12, 2017

3 Spiegel online, 16. Januar 2022

4 Bild am Sonntag, 19. Dezember 2021

5 Spiegel online, 16. Januar 2022

6 ebda

7 Junge Welt, 13. Januar 2022

Die weltweit 100 größten Rüstungshersteller verkauften im Jahr 2020 Waffensysteme und militärische Dienstleistungen im Wert von 531 Milliarden US-Dollar – ein Zuwachs von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Es handelt sich um das sechste Jahr in Folge mit gesteigerten Umsätzen. Aus dem Rahmen fällt Russland. Zwar liegt Russland mit seinen Rüstungskonzernen immer noch auf Platz vier der Rangliste, erlebte allerdings keinen Zuwachs, sondern einen deutlichen Rückgang um 6,5 Prozent auf 26,4 Milliarden US-Dollar. Dies ist eine Fortsetzung des Abwärtstrends, der bereits seit 2017 beobachtet wird. Russische Unternehmen kommen nur noch auf 5,0 Prozent der gesamten Rüstungsverkäufe der Top 100. Eine weitere nennenswerte Entwicklung in der russischen Rüstungsindustrie ist die Diversifizierung von Produktportfolien (Produktkatalog). Russische Firmen implementieren zurzeit eine vom Staat angegebene Richtlinie, die besagt, dass zivile Güter bis zum Jahre 2025 30 Prozent und bis 2030 50 Prozent der Umsätze der russischen Rüstungshersteller ausmachen müssen. (isw München, 8. Dezember 2021)

Verkehrte Welt

Wir sollen glauben, dass Russland und China uns bedrohen

Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 22. Dezember 2021 meldete, „will künftig die deutsche Marine alle zwei Jahre Kriegsschiffe in die Indo-Pazifik-Region entsenden“. Die deutsche Fregatte „Bayern“, die seit August letzten Jahres vor Chinas Küsten kreuzt, sei ein Test auf die Geduld Pekings. Vizeadmiral Kay Schönbach plant für die nächste Mission eine provokative Passage durch das Seegebiet zwischen China und Taiwan. Man habe sich diesen „Hammer“ für die nächste Etappe aufgehoben.

Hatte man je gehört, dass die chinesische Marine zwischen Langeoog und der deutschen Nordseeküste Manöver abhielt?

Kaschiert wird die deutsche Außenpolitik gegenüber Russland und China mit der Durchsetzung der „Menschenrechte“ in allen Regionen der Welt. Kaum war der gespielte Schock über den Abzug deutscher Soldaten nach 20 Jahren Afghanistan-Intervention verklungen, ist aus dem Außenministerium zu hören: Ziel sei, bereits im nächsten Jahr „wieder vor Ort arbeitsfähig“ zu sein. Die sich in Afghanistan abzeichnende „humanitäre Katastrophe“ verpflichte dazu. Ob vor den Küsten Chinas, auf dem Baltikum, im Schwarzen Meer, in Mali oder am Hindukusch – Verteidigung der „Menschenrechte“, Verteidigung „un-

serer Werte“, Schutz der „regelbasierten (Welt-)Ordnung“ – das ist der rote Faden, mit dem die Einkreisungspolitik gegen Russland und die Volksrepublik China propagandistisch bemäntelt wird. Gebetsmühlenartig finden sich diese Begriffe bei jedem internationalen Agieren von NATO und Bundeswehr wiederholt.

Die Begriffe machen in den Köpfen den Weg frei für uralte Ausgrenzungsmuster.

Dort der Böse, hier der Gute. Vom Inhalt her platt, allenfalls kindgerecht, suggerieren sie, der Gegner handele wie ein Desperado, ohne Moral und Regeln. Er wird gleichsam vogelfrei, sprich: Gegen ihn ist alles erlaubt. Die bürgerliche Presse steuert ideenreich jeden Tag neue Fantasien dazu bei – mittlerweile soll man gar glauben,

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 8 ■



Das Kanonenfutter der Fregatte Bayern läuft Richtung China aus ...

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema
Gesundheit – dort weiter,
wo andere Medien längst
schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen gratis
Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über
die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Fortsetzung von Seite 7

Verkehrte Welt

dass die dunklen Mächte in Moskau und Peking durch geschicktes Jonglieren mit sozialen Medien deutsche und amerikanische Wahlen beeinflussen.

Auch in Afghanistan ging es offiziell nicht etwa um Rohstoffe und die Expansion der NATO, sondern um „Brunnenbau“, die „Errichtung von Schulen“ und das Ausmerzen des islamistischen Terrors. Neu ist die Verbrämung imperialistischer Aggression mit dem Menschenrechts-Stereotyp beileibe nicht: Unter dem Deckmantel der „humanitären Intervention“ entfesselte die USA den zweiten Golfkrieg 1990, nachdem Nijrah al-Sabah am 10. Oktober 1990 als 15-jähriges Mädchen vor dem US-Kongress über angebliche Gräueltaten während der irakischen Kuwait-Invasion berichtete. Sie sagte, sie habe freiwillige Arbeit im Al-Adnan-Krankenhaus in Kuwait-Stadt geleistet und dabei beobachtet, wie irakische Soldaten in der Entbindungsstation kuwaitische Babys aus ihren Brutkästen gerissen und sie zu Boden geworfen hätten. Der US-Senat stimmte auf Grund des „Berichts“ mit 52 zu 47 Stimmen für einen Krieg gegen den Irak. Später stellte sich heraus, dass die Geschichte in allen Punkten

erfunden war. Oder 1999, der Kosovokrieg. Verteidigungsminister Rudolf Scharping notierte am 7. April 1999 in sein Tagebuch: „Es ist abscheulich. Diese Lumpen und Verbrecher bringen wahllos Menschen um“. Mit Lumpen und Verbrecher waren die Serben gemeint, denen Scharping die militärische Vertreibung der albanischen Bevölkerung nach einen „Hufeisenplan“ andichtete, denn ob und wie weit dieser Plan tatsächlich existierte, ist bis heute unklar. (Mathis Feldhoff, Volker Steinhoff: „Enthüllungen eines Insiders – Scharpings Propaganda im Kosovo-Krieg“, TV-Sendung Panorama vom 18. Mai 2000)

Der deutsche Imperialismus trieb den Krieg gegen Jugoslawien voran, die Bundeswehr beteiligte sich an den Bombardements serbischer Städte und Dörfer. 500 Zivilisten ließen dabei ihr Leben. Wie selbst Bundeswehrgeneräle später bestätigt haben, gab es die erwähnten ethnischen Säuberungen nicht.

Das erste Opfer des Krieges ist stets die Wahrheit. Ein Blick in die Charta der Vereinten Nationen von 1970 hilft: „Die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit jedes Staates sind unverletzlich. Jeder Staat hat das Recht, seine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung frei zu wählen und zu entwickeln.“ ■RH



**STOPPT DEN
KRIEGSKURS
DER NATO-STAATEN**

**ANTI
SIKO
DEMO**

**SA, 19. FEB.
MÜNCHEN 2022
13⁰⁰ STACHUS
UMZINGELUNG
des Tagungsortes der
NATO-Kriegs-Strategen**

KAZ-Ausgabe 377, November 2021

mit folgenden Themen:

**100 Jahre Chinas Kampf
um den Sozialismus.**

– Das Unmögliche möglich gemacht.

Außerdem u.a.:

**Vorkriegs- und Kriegszeiten
– 1914 bis heute**



KAZ erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**

www.kaz-online.de

Gruppe Kommunistische
Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 12 02 62
90109 Nürnberg
Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de